

## NIEDERSCHRIFT HFA/012/2015

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 08.12.2015 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Matthias Ahlers  
Herr Karl-Heinz Brockamp  
Herr Dr. Wolfgang Meyring  
Frau Brigitte Mollenhauer  
Herr Roman Gerding  
Herr Thomas Tauber  
Frau Margarete Köhler                      Vertretung für Herrn  
Carsten Rampe  
  
Frau Maggie Rawe  
Herr Hans-Günther Wilkens              Vertretung für Herrn  
Ulrich Schlieker

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW:

Herr Helmut Geuking

Vortragender Gast:

Herr Dr. Jürgen Grüner                      wfc Wirtschaftsförderung  
Kreis Coesfeld,  
zu TOP 1. ö. S.

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing  
Frau Marion Lammers                      bis zu TOP 4. nö. S.  
Herr Martin Struffert  
Herr Gerd Mollenhauer                      bis zu TOP 4 nö. S.  
Herr Axel Kuhlmann                      nur öffentliche Sitzung  
Frau Birgit Freickmann

Beginn der Sitzung:                      18:00 Uhr

Ende der Sitzung:                      20:00 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Des Weiteren verweist Frau Dirks auf den Nachtrag zur Einladung.

Frau Mollenhauer beantragt, den mit Nachtrag auf die Tagesordnung genommenen TOP 5: „Vergabe eines Straßennamens für das Neubaugebiet im Bereich der Straße Austenkamp“ von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, da diese Angelegenheit in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheit falle. Die Zuständigkeiten sollten eingehalten werden.

Nach kurzer Erörterung wird dem Antrag mit **7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung zugestimmt.**

Frau Dirks schlägt vor, den TOP 4. „Breitband in Billerbeck – Vortrag und weitere Information“ als ersten Tagesordnungspunkt zu behandeln, damit Herr Dr. Grüner nicht solange warten muss.

Der Änderung der Tagesordnung wird mit **9 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung zugestimmt.**

## **TAGESORDNUNG**

### **I. Öffentliche Sitzung**

#### **1. Breitband in Billerbeck - Vortrag und weitere Informationen**

Herr Dr. Grüner von der wfc Wirtschaftsförderung Kreis Coesfeld mbH stellt das Projekt der wfc zur kreisweiten Versorgung mit schnellem Internet einschl. Fördermöglichkeiten vor. Auf die **Anlage 1** zur Niederschrift wird verwiesen.

Frau Dirks schlägt vor, den Eigenanteil der Stadt Billerbeck in den Haushaltsplanentwurf 2016 einzustellen und dann im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu beschließen, ob Billerbeck den Weg mitgehe oder nicht. Von den Bürgermeister-Kollegen/innen werde das Konzept insgesamt mitgetragen.

In der einsetzenden Erörterung besteht Einvernehmen, dass es langfristiges Ziel sein müsse, jeden Haushalt mit schnellem Internet per Glasfasertechnik zu versorgen.

#### **2. Ausbau und Unterhaltung von Wirtschaftswegen**

Herr Mollenhauer verweist auf die Sitzungsvorlage und die Vorberatung im Bezirksausschuss.

Herr Ahlers möchte wissen, ob die Mittel bestehen bleiben, wenn sie in einem Jahr nicht komplett verbraucht werden.

Das wird von Herrn Mollenhauer bestätigt. Im Haushaltsplan werde ein gesondertes Produkt gebildet, so dass Transparenz gegeben sei. Verschiebungen seien möglich, es müsse aber insgesamt eine Deckung erfolgen.

Herr Tauber erkundigt sich, ob eine höhere Kostenbeteiligung der Gewerbetreibenden im Außenbereich nicht steuerbar gewesen sei.

Herr Mollenhauer führt aus, dass einige Gemeinden einen Wegeverband gründen und dann Umlagen erheben wollen. Hierzu gebe es aber bislang keine Zustimmung seitens der Aufsichtsbehörden. Außerdem sei ein solcher Verband sehr aufwändig mit einem Vorstand usw. Im Arbeitskreis sei man übereingekommen, diesen Weg hier nicht zu gehen, sondern 10% der Gesamtkosten für die Wirtschaftswegesanieierung auf die Anlieger umzulegen. Der Arbeitskreis erhoffe sich, dass Gewerbebetriebe sich an diesem Eigenanteil besonders stark beteiligen. Sollte es nicht gelingen, Einvernehmen mit den Anliegern zu erzielen, diese 10% aufzubringen, dann werde der Weg nicht ausgebaut, so dass dann auch ein gewisser Druck ausgeübt werde.

Herr Tauber hält es für wichtig, dass es nicht nur bei dieser Hoffnung der Freiwilligkeit bleibt, sondern dass ein Instrument gefunden werde, ansonsten leide die Gemeinschaft.

Man habe ja gesehen, so Frau Rawe, dass es im Moment keine bessere Handhabe zur stärkeren Einbindung der Gewerbetreibenden gebe. Sie gehe davon aus, dass eine Bereitschaft zu einem höheren Finanzierungsbeitrag vorhanden ist. Sollte tatsächlich keine Lösung mit den Anliegern gefunden werden, werde es zwangsläufig zu einer Satzung kommen und dann werde es erheblich teurer.

Frau Mollenhauer macht deutlich, dass im Arbeitskreis ein einigermaßen guter kompromissfähiger Vorschlag zur Finanzierung des Wirtschaftswegeausbaues erarbeitet wurde. Jetzt sollte man die Sache endlich auf den Weg bringen, zumal es sich um einen Versuch handele.

#### **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Ab dem Haushaltsjahr 2016 ist im Haushalt und der Finanzplanung ein eigenes Produkt für die Wirtschaftswege darzustellen, in das u. a. die Mittel für die Wegeunterhaltung und die grundlegende Sanierung aufgenommen werden.

Für die grundlegenden Wegesanieierungen sind jährlich 200.000,- Euro zu verplanen. Als Einnahmen sind Anliegeranteile in Höhe von 20.000,- Euro vorzusehen. Die übrigen Mittel werden aus allg. Deckungsmitteln zur Verfügung gestellt, wobei 80.000,- Euro, somit 81 Prozentpunkte, durch eine Erhöhung der Grundsteuer A abgesichert werden sollen.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Prioritätenliste für den Wirtschaftswegeausbau zu erstellen. Die Wege sollen im Frühjahr 2016 im Rahmen einer Wegbereisung besichtigt und die dann festgelegte Prioritätenliste soll vom Bezirksausschuss beschlossen werden. Neben den Mitgliedern des Bezirksausschusses können auch die Mitglieder des Arbeitskreises an der Wegebereisung teilnehmen.

Nach drei Jahren ist über die Angelegenheit und die bis dahin gewonnenen Erfahrungen erneut zu beraten.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**3. Grundlagen für die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2016:  
hier: Erlass einer Hebesatzung**

Der Ausschuss fasst folgenden

**Beschlussvorschlag für den Rat:**

Der Erlass einer Hebesatzung mit verändertem Realsteuerhebesatz Grundsteuer A und unveränderten Realsteuerhebesätzen Grundsteuer B und Gewerbesteuer wird beschlossen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**4. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen den Städten und Gemeinden im Kreis Coesfeld über gemeinsame Regelungen bei der Abfallsammlung und -beförderung;**

**hier: Besetzung des Beirates nach § 4 Abs. 1 der ÖRV**

Der HFA schließt sich dem Verwaltungsvorschlag an und fasst folgenden

**Beschlussvorschlag für den Rat:**

Auf der Grundlage des § 113 Abs. 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 4 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den Städten und Gemeinden des Kreises Coesfeld über gemeinsame Regelungen bei der Abfallsammlung und -beförderung werden die zu bestimmenden Beiratsmitglieder wie folgt bestellt:

- 1) Frau Bürgermeisterin Marion Dirks wird als Beiratsmitglied bestätigt.
- 2) Als das durch den Rat zu bestimmende Beiratsmitglied wird die zuständige Fachbereichsleiterin Frau Marion Lammers bestellt.
- 3) Als Vertreterin zu 2) wird die Stellvertreterin, Frau Barbara Vormann, bestätigt.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**5. Vergabe eines Straßennamens für das Neubaugebiet im Bereich der Straße "Austenkamp"**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

**6. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.09.2015  
hier: Informationen bezüglich der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge**

Herr Struffert legt unter Bezugnahme auf die Sitzungsvorlage dar, warum verwaltungsseitig vorgeschlagen werde, der Rahmenvereinbarung zum jetzigen Zeitpunkt nicht beizutreten. Besser wäre es, wenn diese Personen über eine Änderung der Gesetzesgrundlage einer Pflichtversicherung

angeschlossen würden.

Herr Dr. Meyring schließt sich der Auffassung der Verwaltung an. Die Ausführungen hätten deutlich gemacht, dass der finanzielle und personelle Aufwand für die Kommunen zu hoch sei.

Frau Mollenhauer führt aus, dass niemand im Regen stehen bleibe und jeder, der krank werde, versorgt werde. Ein Beitritt zur Rahmenvereinbarung mache nur dann Sinn, wenn die Verwaltung nachhaltig entlastet werde und ein finanzieller Vorteil gegeben sei. Das sei nach den Ausführungen der Verwaltung nicht der Fall. Sie stimme dem Verwaltungsvorschlag zu. Zu denken gebe ihr auch, dass keine andere Kommune, außer Dülmen der Rahmenvereinbarung beitrete. Dort sollte nach einiger Zeit nach den Erfahrungen gefragt werden.

Frau Rawe konstatiert, dass die Kosten gegen einen Beitritt sprächen. Es sei aber grundsätzlich nicht schön, dass sich die Asylbewerber erst an die Verwaltung wenden müssten, bevor sie zum Arzt gehen können. Deshalb begrüße sie es, dass zum jetzigen Zeitpunkt ein Beitritt nicht erfolgen soll und man sich weiterhin mit dem Thema beschäftige.

Herr Tauber führt aus, dass es bislang eine Zwei-Säulen-Gesellschaft in der Krankenversicherung gebe, jetzt komme durch die Gesundheitskarte eine dritte Säule hinzu. Einige Kommunen würden die Karte einführen, andere nicht, das führe zu einem Flickenteppich, was nicht gut sei. Derzeit sei viel im Umbruch. Er beantrage, eine Resolution zu verabschieden und den Gesetzgeber aufzufordern, das Asylbewerberleistungsgesetz und das Sozialgesetzbuch anzupassen, damit auch die Flüchtlinge bzw. Asylbewerber von der Pflichtversicherung erfasst werden. Damit würde der Rat ein wichtiges Zeichen setzen.

Der Verabschiedung einer Resolution durch den Rat wird **einstimmig** zugestimmt.

Der HFA fasst folgenden

**Beschlussvorschlag für den Rat:**

Der Rahmenvereinbarung zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte wird zum jetzigen Zeitpunkt nicht beigetreten. Die Erfahrungen der Stadt Dülmen sind abzuwarten.

**Stimmabgabe:** einstimmig

## 7. Mitteilungen

### 7.1. Nachzahlungen aus Mitteln des Flüchtlingsaufnahmegesetzes - Herr Struffert

Herr Struffert teilt mit, dass Anfang Dezember eine erhebliche Nachzah-

lung in Höhe von rd. 438.000,-- € aus Mitteln des Flüchtlingsaufnahme-  
gesetzes eingegangen sei. Insgesamt habe die Stadt Billerbeck in die-  
sem Jahr damit rd. 658.000,-- € erhalten. Auch wenn das nicht auskömm-  
lich sei, werde damit zurzeit ein Kostendeckungsgrad von 72% erzielt,  
wobei aber noch nicht alle Rechnungen vorliegen.

**8. Anfragen**

Keine

Marion Dirks  
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann  
Schriftführerin